

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Attentat auf Frankreichs Staatspräsidenten

Durch Revolverschüsse lebensgefährlich verwundet
Der Täter verhaftet

TU. Paris, 6. März 1932.

Auf den französischen Staatspräsidenten Doumer wurde soeben ein Revolveranschlag verübt. Der Staatspräsident wurde von drei Kugeln getroffen, von denen die eine ihm in den Kopf, die zweite in die Brust und die dritte in den Unterleib drang. Doumer wurde in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus gebracht.

Einzelheiten des Attentats

Paris, 6. Mai 1932.

Wie der Pariser Vertreter der Telegraphenunion zu dem Anschlag auf Doumer erfährt, wohnte der Staatspräsident der Eröffnung der Ausstellung bei, die von den ehemaligen kriegsteilnehmenden Schriftstellern veranstaltet wurde. Doumer war gegen 15 Uhr gerade im Begriff, das Buch eines französischen Schriftstellers mit seiner persönlichen Unterschrift zu versehen und dann das Ausstellungsgebäude zu verlassen, als aus dem Gedränge heraus fünf Revolverschüsse auf ihn abgegeben wurden. An Hals und Unterleib schwer verletzt, brach der Staatspräsident zusammen. Er wurde sofort in das Krankenhaus Beaujou übergeführt. Die Ärzte zweifeln an seinem Aufkommen.

Der bekannte französische Schriftsteller Claude Farrère, der dem Staatspräsidenten zu Hilfe eilen wollte, erhielt einen Revolverschuss in den Unterarm. Desgleichen wurde der Chef der Pariser Sicherheitspolizei leicht verletzt.



Im Krankenhaus mußte bei dem Staatspräsidenten sofort eine Bluttransfusion vorgenommen werden. Die Ärzte, die in Anbetracht des hohen Alters des Staatspräsidenten — er ist bereits 78 Jahre alt — das schlimmste befürchten, werden voraussichtlich die Schädeldecke aufmeißeln müssen, um die Kugel zu entfernen, hoffen aber, den Schwerverletzten am Leben erhalten zu können.

Der Attentäter wurde verhaftet. Er ist russischer Staatsangehöriger und heißt Paul Gorguloff.

Die Tatsache, daß der Attentäter ein Russe ist, genügt natürlich einem großen Teil der bürgerlichen Presse, um — ohne eine Klärung des Sachverhalts abzuwarten — allerhand Kombinationen anzustellen, wobei die Antiholschewistenhetze den Grundton abgibt. In Wirklichkeit sind alle Kombinationen, die das Attentat in eine Verbindung mit Sowjetinteressen bringen, vollkommen haltlos, so daß nur die Schlußfolgerung bleibt, daß sich eine gewisse Presse in Frankreich nicht entblödet, aus dem Attentat billiges Kapital für die am kommenden Sonntag stattfindenden Wahlen zu schlagen.

Doumer erfolgreich operiert

TU. Paris 6. Mai 1932

Staatspräsident Doumer ist noch nicht aus seiner Bewußtlosigkeit erwacht. Die behandelnden Ärzte erklärten, daß eine der Kugeln die Schädeldecke durchschlagen habe, ohne das Gehirn zu verletzen. Die Kugel konnte bereits entfernt werden. Es herrscht unter der vor dem Krankenhaus wartenden Menge eine große Erregung.

Infolge des hohen Alters des Staatspräsidenten mußte die Entfernung der Kugel ohne Narkose vorgenommen werden.

Attentäter geisteskrank?

TU. Paris, 6. Mai 1932.

Wie der Vertreter der T. U. erfährt, ist der Attentäter auf Präsident Doumer, Pawel Gargulow, Arzt. Er ist vor erst zwei Tagen aus Monte Carlo in Paris eingetroffen. Er behauptet, russischer Faschist zu sein und den Mordanschlag auf den Präsidenten verübt zu haben, um gegen die französisch-sowjetrussischen Verhandlungen zu protestieren. Nähere Einzelheiten über die Person und das Vorleben konnten noch nicht ermittelt werden. Vielfach tritt die Meinung auf, daß es sich um einen Geisteskranken handle.

Der Nichtangriffspakt zwischen Estland und der Sowjetunion unterzeichnet. Donnerstag ist im Außenkommissariat der Nichtangriffspakt zwischen Estland und dem Rätebund unterzeichnet worden.

Noch ein Attentat

Bombenanschlag auf den ägyptischen
Ministerpräsidenten

TU. Kairo, 6. Mai.

Auf den Sonderzug des ägyptischen Ministerpräsidenten wurde in der Nähe von Kairo ein Bombenanschlag verübt. Die Bombe explodierte jedoch vorzeitig, so daß nur die Schienen aufgerissen wurden. Zwei Bahnbeamte wurden getötet und drei verletzt. In dem Zug, der kurz darauf die Anschlagstelle passieren mußte, befanden sich der Verkehrsminister, der Erziehungsminister, der Vizepräsident der Kammer und andere bekannte Persönlichkeiten.

Rechtsruck in Oesterreich?

Kabinetts Buresch tritt zurück
Ein Heimwehrfreund der Nachfolger?

Wien, 6. Mai 1932.

Nach einer Sitzung des Fraktionsvorstandes der christlich-sozialen Partei trat um 10.30 Uhr der Ministerrat zusammen, der den Beschluß faßte, dem Bundespräsidenten den Gesamtrücktritt der Regierung mitzuteilen. Der Bundespräsident betraute die bisherige Regierung mit der Fortführung der Geschäfte. In parlamentarischen Kreisen wird davon gesprochen, daß der bisherige Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß mit der Bildung einer neuen Regierung betraut werden dürfte, der gute Beziehungen zu den Heimwehren unterhält. Dr. Buresch selbst soll die Bildung eines neuen Kabinetts abgelehnt haben, da er den Ruck nach rechts, wie ihn der Heimwehrblock und der rechte Flügel der Christlich-sozialen fordern, nicht unterstützen will. Es sind auch Bemühungen im Gange, nicht nur den Heimatblock, sondern auch die Großdeutschen für eine Regierungsmehrheit zu gewinnen. Im Parlament sind Gerüchte im Umlauf, daß den Großdeutschen, um sie zur Teilnahme an der Regierungsbildung zu bewegen, das Außenministerium, jedoch mit Ausschluß der Person Dr. Schobers, angeboten werden soll.

Die österreichische Regierungskrise ist eine Konsequenz der Wahlen, die kürzlich in Wien und in einigen anderen Ländern erfolgt sind und die den Parteienblock, auf den das Kabinetts Buresch sich stützte, heftig erschüttert haben. Es heißt aber, den Sinn dieser Wahlen in das Gegenteil verfallen,



Mißtrauensanträge gegen Brüning

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zur bevorstehenden politischen Aussprache im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinetts Brüning eingebracht, ferner besondere Mißtrauensanträge gegen die Minister Groener und Stegerwald. Die Rechtsparteien haben bisher eine Entscheidung über die Einbringung von Mißtrauensanträgen nicht getroffen; das wird voraussichtlich erst in den Fraktionssitzungen, die am Montag stattfinden, geschehen.

wenn jetzt der Versuch unternommen wird, die Basis des Kabinetts nach rechts zu verlängern; wenn aus den Wahlen sich eine Notwendigkeit ergibt, so die Auflösung des Nationalrats und die Vornahme von Neuwahlen.

Kommunisten beantragen Aufhebung der letzten Notverordnungen

TU. Berlin, 6. Mai 1932

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung der beiden Notverordnungen zur Wahrung der Staatsautorität und der Notverordnung gegen die Gottlosenbewegung fordert.

„Wirtschaftspolitische Meinungsverschiedenheiten“

Berlin, 6. Mai 1932.

Amlich wird mitgeteilt: Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hat sich infolge von Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftspolitischen Fragen veranlaßt gesehen, nach Rückkehr des Reichskanzlers um Entbindung von seinem Amte zu bitten. Der Reichspräsident hat diesem Wunsch nach Vortrag des Reichskanzlers Dr. Brüning heute entsprochen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers ist bis auf weiteres Staatssekretär Dr. Trendelenburg beauftragt worden.

Gemeindebankrott und Arbeiterklasse

G.H. Die deutschen Gemeinden sind am Ende ihrer Kraft. Wie ernst die Lage ist, hat soeben wieder der Alarmruf den Berliner Stadtkämmern auch gezeigt, in dem ganz offen erklärt wurde, daß die Dinge nicht mehr Monate, sondern nur noch Tage und Wochen Zeit hätten.

Der in greifbarer Nähe gerückte Zusammenbruch der Gemeinden bedroht Millionen von Erwerbslosen, Sozialrentnern und Invaliden mit dem völligen Raub ihrer künftigen Unterhaltungen, bedeutet drohende Arbeitslosigkeit für Hunderttausende von kommunalen Arbeitern, Angestellten und Beamten und völligen Abbau lebenswichtiger sozialer und kultureller Einrichtungen.

Die Ursachen dieser Katastrophe sind mannigfacher Art. Planmäßig hat das Finanzkapital den Kommunalkredit erwürgt und den Gemeinden für die Errichtung von Gemeindefabriken usw. untrügerische Lasten aufgedrückt. So hat man z. B. in Berlin den Baupreis für einen Kilometer erbaute U-Bahn-Strecke auf 12 Millionen Mark (ob es die dazu gehörigen Grundstückskäufe) hochgetrieben. Der Berliner Magistrat hat sich gezwungen gesehen, von den etwa 180 Millionen Mark, die aus Anlaß der U-Bahn-Bauten von 1920—1929 für Grundstückskäufe aufgewandt wurden, mehr als ein Drittel, nämlich 66 Millionen M. auf Verlustkonto zu buchen. So ist es geschehen, daß die feste und schwabende Schuld aller deutschen Gemeinden über 10 000 Einwohner 8—8½ Milliarden beträgt. Die Gesamtverschuldung aller deutschen Gemeinden dürfte etwa 9½—10 Milliarden M. betragen.

Die weitere Ursache der Katastrophe ist das dauernde Wachstum der Zahl der Wohlfahrtsverwahrloseten, deren Zahl zur Zeit etwa 2¼ Millionen beträgt und deren Unterhaltung völlig den Gemeinden zur Last fällt. Auch die Unterstützung der 1¼ Millionen Krisenunterstützten belastet die Gemeinden zu einem Fünftel. Diesen ständig wachsenden Ausgaben steht ein ständiger Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber, der noch durch eine ständige Verschlechterung der Finanzausgleichs zu Ungunsten der Gemeinden vermehrt wird.

Wo ist hier der Ausweg?

Die bürgerlichen und reformistischen Kommunalpolitiker schreien nach der Reichs- und Landeshilfe. Was davon zu halten ist, hat der Sozialdemokrat Asch selbst entlarvt durch seine Erklärung, daß die Notlage der Stadt Berlin verschärft worden ist durch Maßnahmen der Reichs- und Staatsregierung, von denen er nur mit den bittersten Gefühlen sprechen könne. Es ist ganz sicher, daß ein wirklicher Ausweg auf dem Boden des Kapitalismus, wenn überhaupt, nur gefunden werden kann um den Preis der brutalsten Abdrosselung aller kommunalen Aufgaben, daß eine wirkliche Rettung der Gemeinden nur erkämpft werden kann durch die Erämpfung des sozialistischen Ausweges.

Aber auch auf dem Gebiet der Kommunalpolitik kann man die von den Folgen des Bankrotts bedrohten werktätigen Massen nicht abweisen mit der Verdrängung auf das kommende Räte Deutschland, in dem alle diese Fragen gelöst sein würden. Wir müssen die werktätigen Massen für den revolutionären Ausweg mobilisieren durch ein kommunales Aktions-Programm, das notwendige und mögliche Maßnahmen enthält und für das sie heute kämpfen können. Für ein solches Notprogramm müssen alle Arbeiterorganisationen, vor allem die Gewerkschaften, eingesetzt werden.

Was müßten die Hauptforderungen dieses Notprogramms sein?

Sofortiger Erlaß eines Moratoriums für alle Zinsen- und Schuldentilgungszahlungen der gesamten kurz- und langfristigen Gemeindefabriken und der Schulden der Gemeindebetriebe. Ein solches Moratorium ergäbe eine Ersparnis von 800—900 Millionen, fast den gesamten Betrag für das Gemeinde-Defizit für 1932.

Streichung aller Ausgaben der Gemeinden für Polizei und Kirche, für religiöse, bürgerliche und faschistische Organisationen und private Wohlfahrtspflege, für Repräsentation und alle Ausgaben im Luxusinteresse der Bourgeoisie.

Streichung aller Subventionen, Darlehen, Meliorationsbeiträge für private Unternehmer und sofortige Einziehung bereits gezahlter derartiger Unterstützungen, soweit sie nicht an Kleinbauern und Kleingewerbetreibende gegeben wurden.

Herabsetzung aller Gehälter und Pensionen auf höchstens 6000 Mark jährlich.

Streichung aller notverordneten Steuern und ihre Ersetzung durch:

1. Erhöhung des Gemeinde-Anteils am Einkommen der vom Reich zu erhebenden Besitz- und Vermögenssteuern in der Weise, daß die Gemeinden mindestens 60 Prozent des Steueraufkommens erhalten.

2. Erweiterung der steuerlichen Rechte der Gemeinden in der Weise, daß sie das Recht zur Erhebung von Zuschlägen bei den Besitz-

Gestern mit der Eisernen Front — heute mit Hitler

Württembergs Staatspartei als Steigbügelhalter der Nationalsozialisten

Wir stehen in einer schnellleibigen Zeit. Marschierte bei den Präsidentschaftswahlen die Deutsche Staatspartei, zur unaussprechlichen Genugtuung des „Vorwärts“, noch geschlossen in der Eisernen Front und rührte ihre Presse — wenigstens in Berlin — sogar bei den Länderwahlen am 24. April die Trommel für die Kandidaten der SPD, so zeigt sich seitdem ein unverkennbarer Ruck nach rechts. Am fühlbarsten ist dies in Württemberg, wo bereits mit einiger Zeit emsig zwischen Nationalsozialisten und Staatspartei über die kommende Regierungsbildung in Württemberg verhandelt wurde.

Diese sind jetzt zu einem gewissen Abschluß geführt worden und zwar auf der Basis, daß die Staatspartei sich bereit erklärt hat, gegen die Auslieferung eines Ministerpostens das Zustandekommen einer nationalsozialistischen Regierung zu ermöglichen. Ohne diese Unterstützung würden die Nationalsozialisten, da sie nur über 23 von insgesamt 80 Sitzen verfügen und auch bei einem Bündnis mit den

neun Bauernbündlern, den drei Deutschnationalen und den drei Abgeordneten des (evangelischen) Christlichen Volksdienstes noch mit zwei Stimmen in der Minderheit blieben, niemals in die Regierung kommen. Wir erleben also in Württemberg das Schauspiel, daß bereits der am weitesten links stehende Flügel seinen Frieden mit dem Hakenkreuz schließt.

Es fehlt nun freilich im bürgerlich-demokratischen Lager auch nicht, ganz an Stimmen, die vor einer solchen Flucht in die Arme Hitlers warnen. So spricht das Berliner Tageblatt beispielsweise in einem vielbeachteten Artikel von „Irrwegen“, auf die sich die Staatspartei begeben. Aber das wird die württembergischen Demokraten natürlich nicht bestimmen, von ihrem Vorhaben abzugehen, und verrät allenfalls nur die Verlegenheit einiger bürgerlicher Redakteure, die offenbar noch immer nicht begriffen haben, daß die Klasseninteressen der Bourgeoisie heute am besten bei den

Waffenstillstand in Schanghai

Tokio, 5. Mai 1932.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist heute das Waffenstillstandsabkommen zwischen China und Japan unterzeichnet worden. Danach werden die Feindseligkeiten in Schanghai eingestellt.

Inhalt des Abkommens

Schanghai, 5. Mai 1932.

Die wichtigsten Bedingungen des chinesisch-japanischen Waffenstillstandsabkommens sind:

1. Endgültige Einstellung der Feindseligkeiten vom Tage der Unterzeichnung ab.

2. Die chinesischen Truppen verbleiben in ihren Stellungen.

3. Die japanischen Truppen ziehen sich in die internationale Niederlassung und in die angrenzenden Straßen des Hongkiubezirks gemäß dem Stande vom 28. Januar, vor Beginn der Feindseligkeiten, zurück. Einige japanische Streitkräfte dürfen zeitweise in den anliegenden Gebieten stationiert bleiben. Die Zurückziehung der japanischen Truppen hat innerhalb einer Woche vom Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes an zu beginnen und muß innerhalb eines Monats abgeschlossen sein.

4. Ein gemischter Zwölfer-Ausschuß, der aus je zwei Mitgliedern der Staaten Japan, China, Amerika, England, Frankreich und Italien besteht, hat die Durchführung der Räumung durch die Japaner zu begutachten.

5. Die Polizeigewalt und die Zivilverwaltung in Schanghai wird wieder von den Chinesen übernommen. Die chinesische Regierung hat sofort eine besondere Polizeitruppe zu ernennen, um Ruhe und Ordnung in dem von den Japanern geräumten Gebiet aufrechtzuerhalten.

Am Donnerstag wurde lediglich der englische Wortlaut des Waffenstillstandes unterzeichnet. Wie verlautet, findet die Unterzeichnung der japanischen und chinesischen Fassungen am Freitag statt.

steuern bei Vermögen über 50 000 Mark und Einkommen über 8000 Mark jährlich erhalten.

3. Erhebung kommunaler Luxussteuern (Wohnungsluxussteuern, Garagensteuer usw.)

4. Solange die Realsteuern (Gewerbesteuern usw.) noch erhoben werden, Einführung einer sozialen Staffelung unter Freilassung der Einkommen unter 5000 Mark jährlich.

Durch diese Maßnahmen sollen den Gemeinden die Mittel zugeführt werden, damit sie

1. den Erwerbslosen und ihren Familien eine Unterstützung in Höhe des Existenzminimums für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit zahlen können, solange bis eine Reichserwerbslosenhilfe in gleicher Höhe sichergestellt ist.

2. den übrigen Unterstützungsempfängern die gleiche Unterstützung zahlen können,

3. die Gemeindebetriebe sanieren und ausbauen können,

4. ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführen, besonders auf dem Gebiet des Verkehrswesens, des Baues von Straßen, Krankenhäusern, Schulen und Baues billiger Arbeiterwohnungen.

Kanton protestiert

Kanton, 5. Mai 1932.

Die Kantonregierung hat der Nanking-Regierung ein Telegramm gesandt, in dem sie gegen die Nachgiebigkeit der Zentralregierung gegen Japan protestiert und erklärt, die Regierung müsse darauf dringen, daß Japan seine Truppen auch aus der Mandschurei zurückziehe.

Neue Verhaftungen wegen des Attentats in Schanghai

TU. Tokio, 5. Mai 1932.

Nach einer Meldung aus Schanghai hat die japanische Polizei weitere acht Koreaner und drei Chinesen verhaftet, die angeblich mit dem Attentat in Verbindung stehen. Insgesamt befinden sich nunmehr über 20 Personen in Haft. Der Prozeß gegen die Attentäter wird voraussichtlich am 11. Mai in Schanghai beginnen.

Acht Kommunisten in Hankau hingerichtet

TU. Schanghai, 5. Mai 1932.

In Hankau wurden acht chinesische Kommunisten hingerichtet, die versucht hatten, ein Pulverlager in die Luft zu sprengen.

Heftige Kämpfe in der Mandschurei

TU. Genf, 6. Mai 1932

Die chinesische Regierung hat durch ihren Vertreter beim Völkerbund telegraphisch mitteilen lassen, daß in den allerletzten Tagen 2000 Mann japanischer Truppen auf dem Wasserwege durch japanische Kriegsfahrzeuge nach Charbin befördert worden seien. Ferner habe ein erneuter Zusammenstoß zwischen japanischen und chinesischen Truppen stattgefunden. Gegenwärtig seien weitere heftige Kämpfe im Gange.

Beseitigung aller Einschränkungen der Selbstverwaltung und Erweiterung des Selbstverwaltungsrechtes im Interesse der werktätigen Massen.

Ausnutzung aller Kreditmittel der Gemeindebanken und Sparkassen ausschließlich für Gemeinden und Gemeindebetriebe.

Rückgängigmachung des Lohn- und Gehaltsaufbaues in den Gemeindeämtern und Gemeindebetrieben und Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Kontrolle der Gemeinde-Verwaltung und Gemeinde-Betriebe durch die Organe der Arbeiter und Angestellten.

Für die Durchsetzungen dieser Forderungen müssen alle proletarischen Kräfte und Organisationen auf- und soweit das möglich auch innerhalb der Kommunalparlamente mobilisiert werden. Durch öffentliche Versammlungen, durch Kundgebungen und Demonstrationen, durch Betriebs- und Erwerbslosenversammlungen, durch die Mobilisierung der Unterstützungsempfänger und Sozialrentner muß der notwendige politische Massendruck erreicht werden.

Nationalsozialisten aufgehoben sind.

Und hier liegt die tiefere Bedeutung des Vorganges in Württemberg: die Staatspartei nimmt dort nur zeitlich eine Wendung vorweg, zu der das Bürgertum heute überall im Begriffe steht. Für dieses Bürgertum hatte die Demokratie eben nur solange Bedeutung, als ihr diese die Klassenherrschaft sicherte bzw. sie die Arbeiterklasse mit der Demokratie narren konnte. Jetzt, wo die Demokratie ihre Dienste getan hat und das Bürgertum wirklicher Herrschaftsmethoden bedarf, läßt es die Demokratie unbedenklich im Stich und hebt Hitler auf den Schild.

Die Wahlen im Memelland

Die seit Jahren andauernden Versuche Litauens, das durch den Versailler Vertrag von Deutschland losgerissene Memelgebiet mit allen Mitteln der Gewalt litauisch zu machen, hat bekanntlich zur Auflösung des Landtages fürs Memelgebiet geführt. Am 4. Mai fand nun die Neuwahl statt. Obwohl die faschistische Diktaturregierung Litauens unter skrupelloser Ausnutzung ihrer „Vormundschaftsrechte“ über das Memelgebiet viele Tausende von Litauern im Memelgebiet neu eingebürgert hatte, erlitt sie bei der Wahl eine schwere Niederlage. Die Litauer haben auch im neuen Landtag wie bisher nur 5 von insgesamt 29 Abgeordneten.

Eines haben aber die litauischen Vorkriegsregierungen gebracht: eine sehr starke Belegung der deutschnationalistischen, großagrarisches und arbeiterfeindlich eingestellten Parteien.

Die Wahlbeteiligung betrug 95 Prozent, fast 20 Prozent mehr als 1930. Die Landwirtschaftspartei erhielt 24 442 (bei der vorigen Wahl 1930 nur 15 820), die Volkspartei 17 922 (18 709). Die Sozialdemokraten aber, die in Deutschnationalismus die Agrarier noch zu übertrumpfen suchten, erlitten beziehungsweise eine schwere Schlappe. Ihre Stimmzahl sank von 6880 auf 4116, während die Kommunisten mit 5890 (2002) Stimmen stark gewannen.

Die sozialdemokratische Niederlage hindert die SPD-Presse nicht, über den „großen deutschen Sieg“ zu jubeln. In Wirklichkeit sind bei dieser, wie bei allen nationalistischen Hetzereien nur die Arbeiter die Leidtragenden.

Wie die Tel.-Union meldet, ist als erste Auswirkung der Wahl der litauische Gouverneur Merkys von seinem Posten zurückgetreten.

„Oberbefehlshaber“ Wilhelm

Hindenburg gratuliert dem Exkronprinzen

Berlin, 6. Mai 1932.

Der ehemalige Kronprinz, der sich im Präsidentschaftskampf als Werber für Adolf Hitler betätigt hat, feiert heute seinen 50. Geburtstag. Der Usamerikanische Nachrichtendienst „Associated Press“ veröffentlichte aus diesem Anlaß ein Interview mit dem hohenzollernschen Prätendenten, das in den Vereinigten Staaten sicherlich als Beweis für die politischen Fähigkeiten des Herrn von Oels betrachtet werden wird. Der Exkronprinz sprach sich nämlich kräftig gegen die Rolle der usamerikanischen Staatsmänner bei der Herbeiführung des Waffenstillstandes aus.

In Berliner politischen Kreisen war übrigens heute die Nachricht verbreitet, daß unter den zahllosen Gratulationen, die Herr Wilhelm Prinz von Preußen heute erhielt, sich auch eine vom Reichspräsidenten von Hindenburg befunden habe; worin dem ehemaligen Thronerben in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe die Glückwünsche des Feldmarschalls ausgedrückt werden, der damals als Chef des Generalstabes des Feldherren sein militärischer Vorgesetzter war.

Wir wissen nicht, ob diese Nachricht sich bestätigt. In dieser sonderbarsten aller Replikalien aber würde auch ihre Bestätigung nicht verblüffen.

Tarifloser Zustand

auf den Seeschiffwerften

TU. Hamburg, 5. Mai 1932.

Vor der Sonderschlichtungskammer fanden am Mittwoch zwischen den am Tarifvertrag für die Schiffwerften beteiligten Parteien Verhandlungen statt. Der Schlichter für die Nordmark, Dr. Stenzel, machte den Vorschlag, die bisherigen Löhne bis zum 1. Juni 1932 weiterlaufen zu lassen und sie dann in der Stunde um 3 Pf. abzubauen. Die Laufdauer der neuen Löhne sollte dann auf sechs Monate festgesetzt werden. Dieser Vorschlag wurde von beiden Parteien abgelehnt. Ein Schiedspruch kam nicht zustande. Da der Lohnvertrag zum 30. April gekündigt war, besteht jetzt ein tarifloser Zustand auf den Seeschiffwerften.

Herr S. Pfeffer am Telefon Von Marta Pfeffer

„Also, was ist denn das? Freulein, Freulein, ich hab' noch immer keine Verbindung. Sapperlot, diese Wirtschaft. Der Teufel hole den Selbstanschluß. Zum Kuckuck noch mal! Na endlich! Hören Sie, Direktorehen, hier is Pfeffer. Ich möchte Sie und Ihre Frau Gemahlin für morgen abend zum Tee einladen. Wir haben eine größere Gesellschaft. Sie werden sich sicher wohlfühlen, bei Sekt, französischen Weinen, schönen Damen. Ja, was ich sagen wollte, ich kann Sie doch erwarten, ja? Aber Sie werden sich schon freimachen können. — Gewiß, Sie haben recht, diese schlechten Zeiten. Ich bin selbst ja ganz aus dem Häuschen. Was bleibt einem anders übrig, Gehaltsabbau. An allem sind natürlich diese Roten schuld. Was heißt Tarife. Hat es zu meinen Zeiten nicht gegeben und wir sind auch selig geworden. Wichtigkeit!

Weiß Gott, ein wahres Glück, daß dieser Hitler auferstanden ist und daß es so viele Dumme gibt, die den Versprechungen nachlaufen. Haha. Was? Sie meinen, sowas sagt man nicht telephonisch? Wichtigkeit! Wer hört das schon? Ich liege bequem auf dem Couch, rauche eine Zigarre und spreche mit Ihnen, lieber Direktor. Sie sind doch der gute alte Kerl geblieben. Wirklich, Sie haben mir immer schon imponiert. Ja, was ich noch sagen wollte? Wirklich ein Trost, dieser Hitler. Die Bewegung wächst und gedeiht. Ich bin mehr als zufrieden. Sehr raffiniert eingefädelt, finden Sie. Na ja, Hauptsache, die Dummen fallen drauf rein und Disziplin! Wer kann die leugnen! Wenn auch die SA öffentlich verboten ist, wir halten zusammen. Man sieht es doch an dem Wahlerfolg jetzt in Preußen. Ich dachte mir ja, daß wir gut abschneiden würden, aber diese Illusion habe ich mir nicht mal gemacht. Nein, Sie haben keine Ahnung, wie ich mich freute, als ich den „Angriff“ aufschlug und die Wahlergebnisse las. Ich kaufte sogleich meiner Frau ein brillantbesetztes goldenes Hakenkreuz. Meine Frau trägt es im Haar als Spange. Fabelhaft, sage ich Ihnen. Sie hat direkt Aufsehen erregt damit, wir hatten abends eine Loge zur Opernpremiere. Man spielte, na Sie haben doch sicher schon darüber in der Zeitung gelesen, „Mignon“. Prima, sag ich Ihnen, die Zeiten sind schlecht, da muß man sich zerküpfen.

Ich denke mir immer, ich will der letzte im Grabe des Kapitalismus sein. Was sage ich da, Grabe... noch gibt es eine nationalsozialistische Arbeiterpartei, die dazu noch wächst und gedeiht, die wird mir schon mein Kapitalchen retten. Was heißt das, Arbeiter sollen regieren! Diese Marxisten soll der Teufel holen. Könnte denen so passen, Arbeitslosenunterstützung, Wohlfahrtsunterstützung, hat es das frühe vielleicht gegeben? Bagage, gewiß, ich hab' auch ein Herz in Leib, diese verhungerten Gesichter, es tut einem manchmal weh, aber diesen Sentimentalitäten darf man sich nicht hingeben. Ich komme ja auch nicht in die Gefahr. Das Schild „Betteln und hausieren verboten“ habe ich nicht weghängen lassen. Diesen ganzen Tag die Klingelei um paar Pfennige, gewiß, es tut einem ja leid, aber sie sollen ihre Rechte haben, die Arbeiter und Angestellten, aber gemäßigt, ganz gemäßigt, wie in den guten alten Zeiten.

Die Arbeitsdienstplicht — wieso rück-schrittlich? Sie scheinen mit den Marxisten zu sympathisieren, aber mein guter, lieber Direktor, ich erkläre Ihnen, die Marxisten sind

unser Ruin, sie klären das Volk politisch auf und wir können sie dann nicht mehr für unsere Zwecke ausnützen. Nein, ich habe Zuversicht, es geht so nach und nach, wir haben ihnen ja sowieso schon fast alle Rechte genommen, da merken sie es nicht, wenn sie dann nichts mehr zu sagen haben. Von der Sozialdemokratie haben wir nichts mehr zu fürchten. Sie schwingen zwar in ihren Feiern hohe Töne, aber in ihren Handlungen gehen sie alles nach. Ihr Haß auf uns ist zwar sehr ehrlich, aber wie gesagt, wir brauchen sie nicht mehr zu fürchten, und die Kommunisten, ich kenne 'ne ganze Menge, die jetzt für Hitler gestimmt haben, schöne Klassenkämpfer, hahahaha. Sein Sie man nicht bange, lieber Direktorehen, über kurz und lang haben wir das dritte Reich da. Die Arbeitslosigkeit wird in Arbeitsdienstplicht umgewandelt, ohne Geld, versteht sich, aber diese jungen Leutenchen verlernen ja sonst ganz das Arbeiten. Schließlich wird die Weltkrise mal ein Ende nehmen und sie sind dann an den kleinen Lohn gewöhnt. Es ist ja alles ganz klar.

Was? Sie nehmen an dem Wort Arbeiterpartei Anstoß? Aber wie können wir denn sonst die Arbeiter für uns gewinnen? Doch nur durch Geld und Versprechungen, ein-stweilen, wir müssen doch die Situation ausnützen. Verstehen Sie denn gar nicht? Die Plakate waren doch ausgezeichnet. Na, Kunststück. Hat alles unser lieber Dr. Goebbels gemacht. Das ist doch der tüchtigste von uns. Na ja! Direktorehen, wetten wir, Sie werden auch noch Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Ich erkläre Ihnen, Sie befinden sich in guter Gesellschaft. Was heißt gute Gesellschaft? Ich erkläre Ihnen, die

bente Gesellschaft. In unseren Reihen haben wir die Prinzen des Hohenzollernhauses, unser lieber Kronprinz ist für Hitler, Prinz August-Wilhelm ist nationalsozialistischer Landtagskandidat für Preußen. Mensch, unter uns, Millionen Gelder kommen aus dieser Richtung für unsere „Arbeiterpartei“. Wahrhaftig, da gehören Gänsefüßchen ran, wenn ich das schreibe. Hahaha, und die Großherzöge von Oldenburg und Mecklenburg, die Herzöge von Koburg und Braunschweig brachten, hören Sie und staunen Sie, lieber Direktor, zusammen 1/2 Million Mark für die Wahlkosten auf. Kunststück, da nicht zu gewinnen. Im Grunde hab' ich mich amüsiert. Na, Hauptsache, man befindet sich in guter Gesellschaft. Ich spende nächstens auch. Hier weiß man doch wenigstens, daß man was davon hat.

Umsonst ist nichts. Glauben Sie, daß ein einziger dem Hitler Geld geben würde, wenn er nicht ganz genau wüßte, daß Hitler sich dafür erkenntlich zeigen wird. Nee, nee, so schlaue bin ich schon. Meinen gesunden Mutterwitz laß ich mir nicht nehmen. Wenn ich von jemand Geld bekomme, bin ich von ihm abhängig. Is ja ganz klar. Ich bin, wie gesagt, in der richtigen Partei, kein Risiko, tu' sozial den Reden nach, doch hintenrum, hahahaha. Ich werde Sie schon noch überzeugen. Also Direktorehen, nicht hochbeinig sein, chaah, ich muß können, diese Couch ist zu bequem, ich erwarte Sie und Ihre Frau morgen 8 Uhr. Und seien Sie pünktlich! Am Sonntag machen wir eine Wagenpartie. Sie dürfen sich uns anschließen. Es wird zwar das letzte Mal sein, daß die Roten ihren Feiertag feiern, besser, man sieht sowas nicht mal an. Also, ich habe Sie lange aufgehalten, ja, ich spreche mich gerne aus, aber Sie verstehen, tja. Gruß an Frau Gemahlin. Ich lasse sie besonders herzlich einladen. Also, lieber Doktorchen, auf Wiedersehen, Wieder-sehn.“

Eisenbahnunfall in Bayern

München, 6. Mai 1932

Die Reichsbahndirektion München teilt mit: „Am 5. Mai um 8.25 Uhr vormittags fuhr der von Berchtesgaden kommende Personenzug 872, der im Bahnhof Kirchberg bei Reichenhall halten sollte, infolge Nichtanstellens der Einfuhrweiche auf den im Bahnhof stehenden zweiten Teil des Sonderzuges des Eisenbahnsportvereins Rosenheim auf. Der Packwagen und ein Personenwagen des Personenzuges sowie ein Personenwagen des Sonderzuges entgleisten, die beiden Lokomotiven und drei Personenwagen wurden beschädigt. Eine größere Anzahl Reisender des Sonderzuges wurde durch Prellungen und Quetschungen leicht verletzt.“

Der Tod saß am Steuer

Budapest, 6. Mai 1932

Wie die „Donaupost“ aus Klausenburg meldet, ereigneten sich am Himmelfahrtstag in Siebenbürgen zwei schwere Kraftwagenunfälle, die insgesamt 6 Todesopfer forderten. Bei Klausenburg wurde der Kraftwagen des früheren Flügeladjutanten des Erzherzogs Franz Ferdinand, Major Karl Barth, von einem Schnellzug überfahren. Der Major und seine beiden Begleiter wurden getötet. Bei Szamosujvár stürzte der Kraftwagen des Großkaufmannes Martin Bürger von einer Brücke in den Fluß. Bürger, ein Bekannter und der Kraftwagenunterer ertranken, während sich die Frau des Besitzers retten konnte. An der gleichen Stelle war vor zehn Jahren ein Kraftwagen der tschechoslowakisch-rumänischen Militärmission ins Wasser gestürzt, wobei neun Offizieren den Tod fanden.

Furchtbare Bluttat in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, 6. Mai 1932

Eine furchtbare Bluttat ereignete sich am Donnerstag nachmittag in dem Gelsenkirchener Konfektionshaus „Hansa“ am Hauptbahnhof. Spaziergänger hörten mehrere Schüsse und fanden den Geschäftsführer Wimpfheimer, seinen elfjährigen Sohn Rolf, seinen siebenjährigen Sohn Gerd sowie den Kaufmann Cohn aus der Bahnhofstraße in ihrem Blute liegend vor. Alle hatten mehrere Kopfschüsse erhalten. Die beiden Söhne sind ihren Verletzungen sehr bald erlegen. Der Zustand der anderen Verletzten ist bedenklich. Kaufmann Cohn ist ein Geschäftskollege Wimpfheimers, mit dem er auf der Straße eine Auseinandersetzung hatte, bei der Frau Wimpfheimer mit ihren beiden Kindern zugegen war. Im Verlauf der Streitigkeiten zog Cohn einen Revolver und schoß blindlings auf die Familie Wimpfheimer. Er brachte sich dann selbst eine Schußverletzung bei.

Für ein paar Runkelrüben in den Tod

Köln, 6. Mai 1932

Am Himmelfahrtstag ereignete sich im Gartenheim in Köln eine schwere Bluttat. Der 45 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Behnke wurde in der Nähe seiner Wohnung erstochen aufgefunden. Neben der Leiche lag ein Rucksack mit Runkelrüben, die Behnke anscheinend aus einer Miete gestohlen hatte. Hierbei ist er wahrscheinlich überrascht worden. Auf der Flucht muß er dann den tödlichen Stich, der die Hauptschlagader traf, erhalten haben.

Todessturz eines Fallschirmspringers

Paris, 6. Mai 1932

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Himmelfahrtstag gelegentlich einer Flugveranstaltung auf dem Flugplatz von Bron bei Lyon. Ein junger Fallschirmspringer, der erst kürzlich von sich reden gemacht hatte, als er mit Erfolg von einer 142 Meter hohen Brücke sprang, führte verschiedene akrobatische Kunststücke in etwa 300 Meter Höhe aus, deren Schlußeffekt ein Fallschirmabprung bilden sollte. Die Zuschauer stellten jedoch zu ihrem Entsetzen fest, daß sich der Fallschirm nicht öffnete.

Sieben Tote bei einem Schiffsunglück

Rom, 6. Mai 1932

An der sizilianischen Küste schlug Dienstag nachmittag ein Schoner um. Mannschaft und Passagiere versanken in den Wellen. Nach vieler Mühe gelang es, die Besatzung und acht Fahrgäste lebend zu retten. Zwei Fahrgäste wurden als Leichen geborgen, fünf weitere Personen sind noch vermißt.

Eine Woche auf einer Eisscholle

Oslo, 6. Mai 1932

Norwegische Robbenfangschiffe haben im Eismeer 12 russische Fischer, die Besatzung des untergegangenen Robbenfangschiffes „Centrosjos“, gerettet. Die Russen hatten vor ihrer Rettung eine ganze Woche auf einer Eisscholle verbringen müssen. Ein russischer Eisbrecher hat die Geretteten inzwischen von den norwegischen Fahrzeugen übernommen.

Dorfbrände in Polen

Warschau, 6. Mai 1932

Das Städtchen Ostrowiec bei Radom wurde von einer Feuersbrunst heimgesucht. Fast eine ganze Straßenseite mit über 30 Häusern ist eingeeisert worden. In der Ortschaft Konowaly bei Byalystok sind insgesamt 75 Gebäude, darunter einige Wohnhäuser, einem Feuer zum Opfer gefallen. In beiden Fällen ist die Ursache des Brandes unbekannt.

Wirbelsturmkatastrophe in Indien

Bombay, 6. Mai 1932

In der Nacht zum Donnerstag wurde das östliche Bengalen von einem schweren Wirbelsturm heimgesucht, der große Verwüstungen anrichtete und zahlreiche Todesopfer forderte. Bis jetzt wurden 20 Tote und über 100 Verwundete gezählt. Ganze Dörfer und großer Waldbestand sind zerstört worden.

Die Erde bebt

Wellington (Neuseeland), 6. Mai 1932

Die Hawke-Bucht im Bezirk von Neuseeland wurde am Mittwoch nachmittag von einem Erdbeben heimgesucht. Zuerst erfolgte ein äußerst starker Erdstoß, der besonders stark in den Städten Napier, Hastings und Wairoa verspürt wurde. Mehrere Gebäude wurden stark beschädigt. In Taradale und Napier flüchteten die Einwohner ins Freie und blieben dort zwei Stunden lang, da immer wieder neue schwache Erdstöße erfolgten. Am Spätabend wurde Hastings noch einmal von einem sehr starken Beben erschüttert.

Mai-Schnee in England

London, 6. Mai 1932

Im Norden von England und in Schottland fiel in den letzten 48 Stunden viel Schnee. In der Grafschaft Inverness war die Schneedecke etwa zehn Zentimeter hoch. Die Kuppen der schottischen Berge sind mit Schnee bedeckt.



„Juno“ nichts weiter als „Juno“

mit diesem einzigen Wort

äußert der Raucher seine Wünsche.

Dieser Name ist populär geworden, wie kaum ein zweiter! - Woran liegt das?

Weil sie keine Wertmarken, Gutscheine und Stickereien bringt, sondern alles der Qualität zugutekommen läßt.

JUNO bleibt JUNO,

die Cigarette für jeden, der Gutes schätzt!



A 1 SAP Bezirk Braunschweig

Sonnabend und Sonntag (7. und 8. Mai) in Braunschweig, „Haus der geistigen Arbeit“ (Hintern Brüdern):

Bezirksparteitag

Tagesordnung:

1. Die Aufgaben der SAP unter besonderer Berücksichtigung der Prinzipienklärung und des Aktionsprogramms. (Referent: Ein Mitglied des P.-V.)
2. Berichte des provisorischen Bezirksvorstandes und der Ortsgruppen.
3. Wahlen des Bezirksvorstandes.
4. Verschiedenes (u. a. Braunschweiger Landespolitik; Richtlinien für ein Bezirksstatut).

Beginn: Sonnabend, 7. Mai, pünktlich 19¹⁵ Uhr

Die Tagung am Sonnabendabend ist parteipublick. Insbesondere sind die Mitglieder der Ortsgruppe Braunschweig zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Der provisorische Bezirksvorstand
I. A.: Rudolf Wiesener.

Braunschweig

Der 1. Mai stand in Braunschweig im Zeichen des Demonstrationsverbotes. Arbeitertruppe, die von der sozialdemokratischen Protestkundgebung am Vormittage des 1. Mai heimgingen, wurden von der Polizei brutal auseinandergedrückt. Die Abendveranstaltungen der SPD und KPD waren stark besucht. — Die SAP hatte gemeinsam mit der FAUD und der SPD(O) eine Abendveranstaltung organisiert, die recht gut besucht war und infolge der gewissenhaften Vorbereitung stark wirkte. Die Ansprache hielt Gen. Rodenstein. — Das Gewerkschaftskartell hatte die gemeinsame Maifeier abgelehnt, obwohl die Belegschaft des RAW, die Delegiertenversammlung des DMV und der Landesverband der Allgemeinen Freien Lehrgewerkschaft eine solche gefordert hatten! Selbst in Klagezustand stellt die SPD das Parteiinteresse über das Klasseninteresse!

Stettin

Das endgültige Wahlergebnis für den Wahlkreis 6 — Pommern — ist nun festgestellt worden. Danach sind für die Liste 18 — Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands — 2270 Stimmen abgegeben worden.

Greifswald

Ein Opfer der Wirtschaftskrise ist der Friseurgehilfe Werner aus dem benachbarten Hanshagen geworden. Durch Arbeitslosigkeit wurde er mut- und hoffnungslos und nahm sich das Leben durch Erhängen.

Stralsund

Die letzte Mitgliederversammlung der SAP nahm den Bericht des Genossen Prinz über das Ergebnis der Landtagswahlen entgegen und war einmütig der Auffassung, daß nun erst die schwerste Arbeit für alle Genossen beginnt. Aus dem Ergebnis muß eine organisatorische Stärkung der Partei erreicht werden. Der Wahlkampf hat außerdem der Gruppe schwere finanzielle Belastungen gebracht, aber auch hier muß baldigst das Gleichgewicht hergestellt werden. Es muß aber festgestellt werden, daß der größte Teil der Genossen von dem kargen Einkommen große Leistungen vollbracht hat. Ueber die einzuschlagenden Wege der kommenden Agitation werden die Beschlüsse bzw. Richtlinien der kommenden Unterbezirkskonferenz abgewartet. Zur Unterbezirkskonferenz in Anklam wurde eingehend Stellung genommen. Die etwa notwendigen Anträge werden in der Konferenz von den Delegierten gestellt werden, da die Ortsgruppen infolge der Kürze der Zeit keine Stellung mehr dazu nehmen können. Besonders muß die Konferenz aber zu den Arbeiten der Bezirksleitung Pommern Stellung nehmen, damit hier grundlegender Wandel eintritt. Als Delegierte wurden die Genossen Trezinka bzw. Spindler gewählt. Die Genossen Prinz und Boy nehmen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Unterbezirksleitung an der Konferenz teil. Die Ortsgruppe Stralsund erwartet von dieser außerordentlichen Konferenz einen weiteren Schritt zu positiver Aufbauarbeit für Partei und Presse. — Die Versammlung hat ferner grundsätzlich Stellung zu der notwendigen Pionierarbeit aller Parteimitglieder und ist der Auffassung, daß die Gruppe nur dann die verstärkte Aktionskraft erreichen kann, wenn sich alle Genossen, die sich zur SAP bekennen, als aktive Funktionäre bekennen und fühlen. In diesem Sinne muß die Erziehungsarbeit an der Mitgliedschaft einsetzen, denn wir können uns den Luxus von uninteressierten Mitläufern nicht leisten. Die Mitglieder einer sozialistisch-revolutionären Partei müssen alle aktive Kämpfer für den Sozialismus sein. Hier müssen wir uns ebenfalls grundsätzlich von den andern Parteien unterscheiden. Unser weiterer Vormarsch kann eben nur durch die Qualität der Mitgliedschaft entschieden werden. — Eine recht lebhaft ausgeführte Aussprache entstand über die Maifeiern der SPD und KPD. Beide Veranstaltungen können einer grundsätzlichen Kritik nicht standhalten. Eine gemeinsame Maifeier ist hier leider auch nicht zustande gekommen, aber auch von beiden Seiten nicht gewollt worden.

Rund um den 1. Mai. Der diesjährige Weltfeiertag der Arbeit hat hier leider nicht die Einheitsfront der ganzen Klasse zustande

Die SAP zum Oldenburgischen Landtagswahlkampf

Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise!

Fast 90 Proz. des deutschen Volkes sind heute durch die kapitalistische Wirtschaft in die Verelendung geraten. Millionen von Arbeitslosen, Millionen von Kurzarbeitern, Millionen von Kleinbauern und Kleinhändlern versagt der Kapitalismus das Nötigste zum Leben, während die andere Schicht samt im Reichtum ertrinkt. Immer deutlicher zeigt es sich, daß diese Wirtschaft durch ihre Widersprüche zu einer schweren Katastrophe führen muß, wenn die Millionen diesem Joch kampflös untergeben sind.

Es ist in dieser ersten Zeit nur die Arbeiterklasse, die einen Ausweg bringen kann. Das bedeutet Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft, damit der Weg frei wird zum Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft.

Aber die kapitalistische Klasse wird nicht kampflös abtreten, wird dem Wunsch der breiten Masse nie entsprechen, durch Verhandlungen im Parlament ihre Machtpositionen zu verlassen. Die kapitalistische Klassenherrschaft muß deshalb durch den rückichtslosen Kampf ihrer Opfer beseitigt werden.

Die Arbeiterschaft ist aber gespalten durch scheinbar unüberwindliche gegensätzliche Meinungen. Das zu leugnen, wäre ein Verbrechen. Trotzdem muß die Arbeiterschaft in einer Kampffront zusammengeführt werden, um aus den kommenden schweren Kämpfen um die Existenzbedingungen siegreich hervorgehen zu können.

Einzig und allein, um der Arbeiterschaft die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes klarzumachen, aber auch die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die von der Führerschaft der

gebracht. Die Veranstaltung des ADGB, die zuerst unter der Firma der „Eisernen Front“ stattfinden sollte, wurde in verschleierte Form abgehalten. Wenn man auch zur Demonstration des ADGB aufforderte, so zeigte sich doch schon beim Aufmarsch, daß hier die „Eiserne Front“ den Ton angab und die SPD dadurch besondere Rechte hatte, daß sie den Redner stellte. Aber auch die Veranstaltung der KPD bot von vornherein nicht die Gewähr dafür, daß wir uns daran beteiligen konnten. Wir dürfen uns weder in das Schlepptau der SPD und „Eisernen Front“ noch der KPD und RGO heben, wenn wir für eine wirkliche Einheitsfront eintreten wollen.

Die faschistischen Braunhemden steigern ihre Strauchritzermanieren von Tag zu Tag. Es vergeht fast kein Tag mehr, an dem nicht Angehörige der Linksparteien oder nahestehender Organisationen angerempelt, verfolgt und verprügelt werden. Die Angehörigen des Jungbanners sind in den letzten Tagen besonders bedacht worden. Diese Vorgänge erfordern die größte Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft, ganz gleich, welcher politischen Richtung sie angehören. Hier muß im gegebenen Falle die gemeinsame Abwehr einsetzen, damit derartige Methoden im Keime erstickt werden. In diesem Falle kann sich die Arbeiterschaft, besonders die revolutionär eingestellte, nicht auf die Unterstützung der Polizei verlassen, sondern muß von sich aus in Abwehraktion treten. Es zeigt sich immer mehr, wie verderblich die Tolerierungspolitik der SPD sich für die Arbeiterschaft auswirkt. Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Angehörigen der SPD, „Eisernen Front“ und des Reichsbanners erkennen, daß sie in einer falschen Front stehen. Sie müssen, wenn diese Methoden unterbunden und auch restlos beseitigt werden sollen, sich in die Front der klassenbewußten Arbeiterschaft einreihen und den Kampf aufnehmen, der auch nur dann für die Arbeiterklasse erfolgreich sein wird.

Hagen

Hagener Stadtverordnete tagten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden einige Anfragen beantwortet. Wegen der geplanten Aufhebung der Zahlstelle Haspl wurde von allen Parteien eine Entschleunigung angenommen, daß mit allen Mitteln versucht werden solle, die Zahlstelle in Haspl zu halten. Beschlossen wurde, die Zinszahlung durch die Hasper Badeanstalt für ein von der Stadt gegebenes Darlehen von 50 000 Mark vorerst niederzuschlagen. Das städtische Orchester war bis zum 30. April gekündigt worden. Weil die Spielzeit des Theaters wegen der bestehenden Verträge bis zum 30. Juni dauert, beschloß man, auch das Orchester bis zu diesem Zeitpunkt zu beschäftigen. Für die Dauergartenanlagen und 180 Kleingärten an der Gunostraße soll ein Darlehen von 11 600 Mark vom Reichskommissar für vorstädtische Kleinsiedlungen aufgenommen werden, das von dem Siedlungsbund Bissighelm zurückgezahlt wird. Eine große Aussprache brachte die Vorlage wegen der Strandsiedlung. Für diese Siedlerstellen sind drei Geländestreifen vorgesehen, im Wasserloental, Loxbaum und in Ems. Geplant sind für die beiden zuerst Genannten 74 und in Ems 46 Siedlerstellen von je 3000 Mark, zu 4 Prozent verzinslich, bei 66 Jahren. Erbaupacht. Erforderlich ist, daß die Stadt für diese Randsiedlung die Bürgerschaft von 300 000 Mark übernimmt. Die Vorlage wurde gegen die Vertreter der NSDAP, der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, bei Stimmhaltung, angenommen. Die Nachbewilligung eines Be-

KPD und SPD noch immer bereitet werden, beteiligt sich die

Sozialistische Arbeiterpartei mit einer eigenen Liste an der Oldenburgischen Landtagswahl.

Sie ist sich bewußt, daß im Parlament die Interessen der Notleidenden nicht mehr wahrgenommen werden können, und benutzt die Zeit des Wahlkampfes, die Illusion über demokratische Erfolgsaussichten in der Arbeiterschaft zu zerstören.

Der Kapitalismus kämpft um seine Existenz und setzt sich über die demokratische Herrschaftsform und die darin verankerten Volksrechte hinweg, will seine Krise mit Hilfe der brutalen Diktatur auf Kosten der Arbeiterklasse überwinden.

Die Arbeiterklasse muß, um ihre Zukunft zu sichern, die kapitalistische Herrschaft brechen; im Kapitalismus gibt es keine Lebensmöglichkeit mehr für sie.

Deshalb: „Prolet, greif zu!“ Unterdrückte, besinn! euch auf eure eigene Kraft, die eure Befreiung bewirkt!

Weder Adolf Hitler, der Führer der „Arbeiter-Partei“, noch irgendeine andere Partei bringt sie euch, sondern nur die Kampffront aller Proletarier, Kleinbauern und Kleinhandwerker!

Mit dem heutigen Tage beginnt das Ringen um die Schaffung der Arbeiterfront gegen Kapitalismus und Notverordnungsregierungen, für den Sieg des Sozialismus!

Triebzweck des für die Spielzeit an die Hagener Theater-A.-G. fand nach gründlicher Aussprache ihre Erledigung. Es handelte sich um die Deckung der Fehlbeträge der Spielzeit 1932-1933 von insgesamt 100 000 Mark. Ueber die Fortdauer des Theaters wird erst bei der Etatsberatung zu reden sein. Mit knapper Mehrheit wurde der Fehlbetrag bewilligt.

Tarifklagen gegen die Stadt. Seit Jahren schweben Klagen von Fürsorgepflichtarbeitern gegen die Stadt Hagen. Sie stützen sich auf allgemeinverbindliche Tarifverträge, vor allem des Baugewerbes. Eins der umstrittenen Objekte ist das alte Hagener Landgericht, jetzt Stadthaus II. 1980 verneinte das Hagener Landesarbeitsgericht die Anwendung des Tarifvertrages, weil es sich nach seiner Ansicht um Umbauarbeiten gehandelt habe, die nicht unter den Tarifvertrag fallen. Nach Ansicht der Kläger waren es tarifpflichtige Erweiterungsarbeiten. Eine Ortsbeschickung lehnten die Arbeitsgerichte ab. Neuerdings liegen wieder 62 Klagen beschäftigt gewesener Fürsorgepflichtarbeiter vor. Hilfsweise beantragen sie bei Nichtanwendung des Baugewerbetarifs die Zuerkennung des Gemeindefacharbeitertarifs. Das Landesarbeitsgericht als Berufungsinstanz beschloß eine Ortsbeschickung, die dann gefällte Entscheidung dürfte von grundsätzlicher Bedeutung sein.

Bottrop

Raubüberfall auf zwei Kassenboten. Am Mittwoch nachmittag wurden zwei Boten der Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Bottrop, auf dem Wege zum Postamt von vier Räubern überfallen. Plötzlich sprangen aus einem neben den Boten haltenden Kraftwagen zwei Männer, die den Boten die Beutel mit dem Hartgeld, etwa 10 000 RM., entriessen. Zwei weitere Räuber hielten von Kraftwagen aus die Boten durch Revolverschüsse in Schach. Einer der Boten sprang hinter einen Baum und erwiderte von dort aus das Feuer. Darauf flüchteten die Räuber in Richtung Essen.

Bingen

Vom Loreleyfelsen abgestürzt. Am Donnerstag nachmittag stürzte von dem 80 m hohen Loreleyfelsen ein Mann ab, der sich trotz des Verbotes über das Schutzgeländer begeben hatte und dort auf der schwindelnden Höhe einen Handstand ausführte. Der Körper wurde vollständig zerschmettert. Der Verunglückte hinterließ Frau und ein Kind.

Dresden

Uebereifrige Polizei bliamert sich! Der Bezirksvorsitzende des SJV Ostachsen, Genosse Erich Tittel, stand dieser Tage mal wieder vor Gericht. Er hatte einen Strafbefehl über 15 Mark erhalten, weil er bei der bekannten Demonstration des Dresdner SJV durch Freital an unangehörigen Rufen beteiligt gewesen sein sollte. Das Gericht rechnete sicher damit, daß Genosse Tittel diesen Strafbefehl hinnehmen würde, — aber es kam anders: er beantragte gerichtliche Entscheidung. Und in der Verhandlung zeigte sich, daß der belastende Polizeikommissar (übrigens eine Freitaler SPD- und Reichsbannergröße!) seine Aussage nicht aufrechterhalten konnte. So mußte der Staatsanwalt selbst mit süß-saurer Miene Freispruch beantragen — und das Gericht entschied dementsprechend! Eine schöne Blamage für die übereifrige Polizei, die sich ihrem lächerlichen Verhalten bei der Demonstration selbst würdig anreihet! Und zugleich ein neuer

SAP Unterbezirk Vorpommern

Sonntag, 8. Mai, 11 Uhr, im „Schützenhaus“ in Anklam:

Außerordentliche Konferenz.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Unsere Stellungnahme zu den Landtagswahlen und unsere Weiterarbeit.
2. Verschiedenes.

Alle Ortsgruppen müssen zu dieser wichtigen Konferenz Vertreter entsenden. Auch die Vertrauensleute der Stützpunkte werden erwartet.
Die Unterbezirksleitung.

Beweis, wie gewissenlos von diesen Kreisen versucht wird, arbeitslosen Proleten das Geld aus den Taschen zu ziehen!

Raubmord an einem Kraftdroschenführer. Am Donnerstag früh fand man am Moritzburger Weg nahe der Waldschenke Hellerau eine Kraftdroschke auf. Der Führer des Wagens, der 39jährige Gustav Hugo Rost aus Dresden-Plauen, lag erschossen im Wagen. Es fehlten, wie das Polizeipräsidium mitteilt, die verbleibenden Fahrgelder und die Brieftasche des Toten mit dem Führerschein, sowie das Fahrbuch der Droschke. Von den Tätern fehlt bisher noch jede Spur.

Zwickau

Die Jongleure. So, wie die Schwarzkünstler in der Bosenstraße mit dem Marxismus und der Politik jonglieren, glauben sie auch mit den Zahlen bei den Maiaufmärschen umgehen zu können. Dabei sind sie aber gründlich hereingefallen. Wir hatten in unserem Bericht die genauen Zahlen unseres Aufmarsches angegeben, sie sind aber über unseren gewaltigen Aufmarsch mächtig erschrocken und versuchen nun gewaltsam, uns klein und sich stark zu machen. Das ist ihnen allerdings nur auf dem Papier geglückt. Ueber unseren Aufmarsch der Zweitausend schreiben sie von eintausend, bei dem ihren von zwölftausend! Das ist ein einfaches Exempel: Sie haben bei uns 60 Prozent abgezogen, und bei sich 300 Prozent aufgewertet. Bewe: Der amtliche Bericht sagt über den Zug der SPD von Zwickau nach Planitz: „Etwa 1100.“ (!) Eine weitere amtliche Schätzung des zweiten Zuges von Niederhaußlau und Wilkau gibt etwa 1200 an, und das ist noch übertrieben. Nach diesen Zahlen ergibt sich, daß wir mit dreitausend Teilnehmern den Zug der „Eisernen“ noch überschätzt haben! Die Lächerlichkeit der Volksblatt-„Beweise“ für seine Zahlen ist darüber hinaus urkomisch. Sie bezeichnen sich als die „Unbefangenen“, die richtig schätzen müssen, und als zweiten Beweis bringen sie eine Berechnung über die Zahl der Quadratmeter des Planitzer Marktes! Die geschickt retuschierten Lücken der Aufnahme beweisen aber, daß auf dem Platze selbst höchstens 5000 standen, Kundgebung und Demonstrationszug sind aber bekanntlich zweierlei. Noch einen weiteren Beweis für die Glaubwürdigkeit des „objektiven“ Volksblattes möchten wir bringen: Die Demonstration der KPD in Wilkau umfaßte höchstens 250 Teilnehmer. Wir hatten auch das richtig berichtet. Das „Volksblatt“ wollte aber diese Zahl nicht bringen, da das nicht mit der „Theorie von den beiden großen Arbeiterparteien, neben denen die SAP überflüssig ist“, übereinstimmte; also schrieben sie: 400. Aber o Pech! die Kommunisten geben im „Echo“ selbst nur 350 an! Die einzelnen

Schöneheide

Der 1. Mai wurde in unserem Ort würdig begangen. Trotz mehrmaligen Verhandlungen und Sitzungen mit SPD, Gewerkschaft und KPD, war es nicht möglich, daß die organisierte Arbeiterschaft am Weltfeiertag geschlossen aufmarschierte. Während das Häuflein Kommunisten am Vormittag mit eingepackter Fahne nach Eisenstock ging, zog die „Eiserne Front“ vor, überhaupt nicht zu demonstrieren und „ihre“ Maifeier abends in der Jägerhalle — wie schon so oft — abzuhalten. Lediglich unserer Partei blieb es vorbehalten, die Faschisten und die Spießbürger an die Bedeutung des Tages zu erinnern und ihnen zu zeigen, daß die revolutionäre Arbeiterschaft sich nicht ohne weiteres das Recht auf die Straße nehmen läßt. Abends fand eine gutbesuchte Veranstaltung im Hotel „Schwan“ statt, arrangiert von unserer Ortsgruppe.

Planen

Eine Freidenker-Feststunde veranstaltet der Deutsche Freidenker-Verband Sonnabend, 7. Mai, 20 Uhr, in der Zentralthalle. Mitwirkende sind die Kapelle Schumann, der Planener Volkstheater und der durch sein Buch „Mein frohes Völkchen“ (Büchergilde Gutenberg) bekannte Lehrer Paul Georg Münch-Leipzig. Der Abend steht unter dem Motto: „Fröhliche Bilder aus der Schule von heute“. Alle Arbeitereltern und Parteigenossen werden ersucht, zu erscheinen.

Kleine Sportnachrichten

Sport in Dellitzsch

Sportklub I. spielt am Sonntag um 16 Uhr auf dem Sportplatz an der Luisenschule gegen die I. Mannschaft von Normania-Leipzig im Serienspiel auf eigenem Platze. Die zweite Elf spielt um 10.30 Uhr gegen Wehra-Leipzig II. Die dritte Elf spielt um 12.30 Uhr gegen Torgau II. Die Altersmannschaft spielt um 9 Uhr in Eutritzsch gegen Eutritzsch Alters-Mannschaft. Die Knaben fahren nach Seebausen, um gegen Seebausen-Knaben zu spielen.

Proletarische Gedanken zum Muttertag

Von Fritz Korn

Alljährlich feiert die bürgerliche Welt den Muttertag mit Blumen, traumhaften Wünschen, die in herzerweichend aufgebauschtem Sinnsprüchen ausgesprochen werden und sonstigem unnütigen Tand. Sie sucht einen Halt in diesen Wirren und feiert deshalb. Sie feiert die ungeheure Not die durch den unglückseligen § 218 verursacht wird; denn durch Kinderlegen wird den Proletariern die Sorge um die Kinder erswert: die können das Kind nur als unliebsamen Gast und nicht als die Freude der Familie empfinden. Es fehlt später auch die nötige Gegenliebe des Kindes zu den Eltern.

Diese Gesellschaft, die die Familie zerstört, redet doch so viel von Elternliebe, man predigt schon dem Kinde, daß es Vater und Mutter ehren soll und trotzdem gibt sie den Eltern wenig Lohn, schlechte Wohnung, wenig Bildung. Sie zwingt sie, die Kinder in Entzogenheit, in Gehorsam und Zwang zu erziehen. Sie befähigt den Vater noch weniger wie die Mutter, weder wirtschaftlich noch kulturell wahrhaft liebender Freund seiner Kinder zu sein. So entsteht zwischen Eltern und Kindern häufig eine Kluft, die Jugend bäumt sich gegen die elterliche Unterdrückung auf. Die Kinder sehen oftmals Väter, die von der Gesellschaft zu Trinkorn gemacht werden, Mütter, die von derselben Gesellschaft gezwungen werden, ihren Leib zu verkaufen. Können solche Kinder ihre Eltern ehren? Danach fragt über der Moralprediger absichtslos die Wirklichkeit nicht. Er erklärt ruhig und gelassen „du sollst.“

Doch lassen wir uns einen Augenblick von freundlicher Phantasie in die gesellschaftlichen Zustände der Zukunft führen. Große, helle Hallen für die Kinder; Spiel wird Arbeit und Arbeit Spiel. Die Kinder sind mit eingegliedert in die gesellschaftliche Produktion, sie gestalten und formen gemäß ihren Kräften und ihrem Selbstbewußtsein, das wieder im Spiel und in der Arbeit naturnotwendig wächst. Die Eltern sind Arbeitsgenossen, stehen jedoch durch das Blut den Kindern näher als den anderen. Das kapitalistische Ringen um das Einzeldasein hat aufgehört. Die Gesellschaft aller sorgt für das Leben aller; keine Unterdrückung und Unterdrückte gibt es mehr. Alt und jung findet sich nach Arbeit und Spiel zu gemeinsamen Feierstunden zusammen. Die Kinder sind mit allen ihren Lebens-, Arbeits- und Spielgenossen eng verknüpft. Besonders aber ehren sie ihre Erzeuger, denen sie Liebe und Dankbarkeit entgegenbringen. Diese wieder waren sich ihrer wichtigsten Elternpflicht bewußt und haben alles darangesetzt, gesunde und schöne Kinder zu zeugen. Da versteht es sich unter solchen gesellschaftlichen Verhältnissen von selbst, daß man kein Gebot mehr braucht, denn unausgesprochen lautet es hier: „Du kannst Deine Eltern ehren,“ und deshalb geschieht es.

Welche Heuchelei auch mit dem 6. Gebot. Diese Gesellschaft, die Keuschheit verlangt, ist es, die auf der anderen Seite wieder Mann, Weib, Kinder und Freunde in enge Wohnungen preßt; eine Spanne von 6 bis 10 Jahren zwischen körperlicher und wirtschaftlicher Reife legt. Sie treibt schon die Kinder zur Onanie, die Jugend in die Arme der Prostitution, denn

sie verhindert eine vernünftige geschlechtliche Erziehung. Persönliche Angelegenheiten wie den Liebesbund verknüpft sie mit wirtschaftlichen Interessen und kettet damit Menschen (die auch später der Mut nicht aufbringen werden, diese Fesseln zu sprengen), auf ihr Leben zusammen, obwohl sie miteinander nichts zu tun haben. Die Voraussetzungen, daß sich diese Leute außer der Ehe ihre Befriedigung geben, sind also gesellschaftlicher Art. So ist das ganze gesellschaftliche Leben durchseucht von einer heuchlerischen Sexualmoral. Der junge Mensch von heute ist gezwungen, seine geschlechtliche Not auf irgendeine „unmoralische“ Weise zu befriedigen. Die Jugend der Gesellschaft aber, in der es dieser möglich ist, in harmonischer Erziehung ihren Körper und Geist gleichmäßig zu bilden und zu veredeln, sie braucht kein „Du sollst“, sie kennt nur das ungesprochene: „Du kannst nicht unkeusch sein.“ Diese Gesellschaft nämlich bildet aus Jungen und Mädels gleichermaßen freie, aufrechte und für die Gemeinschaft nützliche Persönlichkeiten, sie ermöglicht allen jungen gesunden Menschen einen Liebesbund miteinander einzugehen.

Utopische Träumereien könnte man sagen. O nein, in den proletarischen Kinder- und Jugendorganisationen wird Herz und Hirn und auch der Körper frei gemacht für diese neue Gesellschaftsordnung. So wächst auch aus diesem Komplex der neuen Erziehung für die neue Gesellschaft ein neuer Begriff über die

Mutter. Die Mutter bekommt wieder ihre Natürlichkeit: Erzieherin, Freundin und Gespielin der Kinder, Kameradin und Freundschaftsministerin des Mannes zu sein. Ihre gesellschaftliche Funktion ist die Erziehung der Kinder zu gesellschaftlichen Wesen.

„Seydewitz demonstriert für Versailler Sklavenpakt“

Es ist nicht der „Völkische Beobachter“ und auch nicht der „Angriff“, der diese Entdeckung seinen Lesern allen Ernstes vorsetzt, sondern die „Rote Fahne“, Anlaß hierzu gibt ihr die von uns vorgenommene Festnagelung eines von der „Roten Fahne“ erschienenen Appells zur Maidemonstration, der die Unterschrift trägt: „Morgen marschieren wir gegen Young-Plan und Versailles.“ Die Tatsache, daß wir in diesem Appell unter diesem Motto eine Entweihung des 1. Mai-Gedankens, wenn nicht gar eine völlige Umkehrung seines Inhalts erblickten, genügt nun der „Roten Fahne“, um daraus die Behauptung abzuleiten, „Seydewitz demonstriert für den Versailler Sklavenpakt“. Ist schon dies ein kühner Sprung, dessen Logik der „Roten Fahne“ vorbehalten ist, so bleibt es vollends deren Geheimnis, wie sie es fertigbringt, darum die SAP in neue Front mit der SPD zu rücken, da doch gerade in diesem Punkte die Terminologie der KPD und SPD sich so gut wie vollkommen deckt und Thälmann einem Wels näher steht wie Seydewitz.

Aus der Praxis eines Kapitalisten

Das Kreugersche Hexeneinmaleins Die Stockholmer Kriminalpolizei berichtet

Am Mittwoch hat die Stockholmer Kriminalpolizei den ersten umfangreichen Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Kreuger-Untersuchung veröffentlicht. Es hat sich herausgestellt, daß Kreuger sich skrupellos der Dienste seiner Angestellten bediente. Besonders interessant ist die Fälschung der Bilanz vom 31. Dezember 1930. Aktiva und Passiva dieser Bilanz waren mit 888 Millionen Kronen ausgeglichen. In einer vorläufigen Bilanz wurden außerordentliche Forderungen in Höhe von 330 Millionen Kronen ausgewiesen. Dann wurden mehrere Veränderungen vorgenommen, wodurch nach und nach Kreugers Privatkonto, das mit 155 Millionen belastet war, durch Ein- und Herschieben mit den sogenannten Tochterunternehmen im Auslande die Schulden verschwanden und riesige Luftwerte entstanden. Die verhafteten Revisoren haben ausgezagt, daß sie sich blind auf Kreugers Angaben verlassen hätten.

Fast unglaublich ist der Bericht über die von dem verhafteten Direktor Holm ausgeführten Millionen-Transaktionen zwischen der holländischen Gesellschaft Kreuger u. Toll und der früher schon erwähnten Danziger Bank. Obwohl diese Bank damals gar nicht bestand, wurde ein Betrag von 84 Millionen holländischen Gulden dorthin überwiesen. In dem holländischen Unternehmen ist nie eine Revision vorgenommen worden.

Dem verhafteten Revisor Wendler wurde 1926 der Vertrag zwischen Kreuger und der

spanischen Regierung vorgelegt, wonach diese den Empfang eines Darlehens von 200 Millionen Peseten bestätigt. Dieser Vertrag ist von Kreuger gefälscht. Bei der „Kontrolle“ dieser Schriftstücke war Kreuger unruhig auf und ab gelaufen, weshalb Wendler, wie er angibt, keine genaue Untersuchung vornahm. Er erinnert sich jedoch, daß die angebliche Unterschrift Primo de Riveras wenigstens zehn Zentimeter lang war.

Eingehend wird dann über die gefälschten italienischen Schatzwechsel in Höhe von 400 Millionen Kronen berichtet.

Abenteuerlich sind die Einzelheiten über die geheimnisvolle Tochtergesellschaft Garanta.

Polizei schießt auf Demonstranten

Delmenhorst, 5. Mai 1932

Als Protest gegen die Notverordnung über die Auflösung der Gottlosenverbände veranstalteten die Kommunisten einen Demonstrationsszug. Als auf Verlangen der Polizei der Zug sich nicht sofort auflöste, machte ein Beamter von seiner Schußwaffe Gebrauch. Der Kommunist Schenk erhielt einen Oberschenkelsschuß. Nachdem Verstärkungen herbeigeholt waren, gelang es der Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen.

Um Warmbolds Nachfolge

b. J. Berlin, 6. Mai 1932.

Der vom Reichkanzler nach Berlin berufene Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler hat die ihm angetragene Übernahme des durch Professor Warmbolds Rücktritt freigewordenen Reichswirtschaftsministeriums abgelehnt. Vermutlich wird Staatssekretär Trendelenburg, der selbst nicht Minister werden will, mit der Wahrnehmung der vorläufigen Geschäfte des Ministers beauftragt werden. In informierten Kreisen wird übrigens angenommen, daß Dr. Goerdeler sich Brünnings beharrlichem Weiben um ministerielle Mitarbeit nicht entziehen und über kurz oder lang wenigstens das Reichsinnenministerium übernehmen werde.

Minister Treviranus, von dem kürzlich der „Dortmunder General-Anzeiger“ meldete, daß er im Begriff stände, seinen Uebertritt zur NSDAP zu vollziehen, hat sich jetzt vier verschiedenen Personen gegenüber ironisch über diese Nachricht ausgelassen. Er denke nicht an einen solchen Schritt. — Im übrigen hat ihn Hitler im Zuge seiner umfassenden juristischen Operation durch den Rechtsanwalt Frank II wegen übler Nachrede verklagen lassen, die er in der Äußerung Treviranus' erblickt, daß Hitler doch ganz froh sein könne, durch das Verbot der SA von finanziellen Risiken entlastet worden zu sein.

General von Schleicher hat die von preussischen Regierungskreisen in die „HZ am Mittag“ lancierte Nachricht, daß er selbst bei einem Ende März dem preussischen Innenminister Severing abgestatteten Besuch sich für ein Verbot der SA ausgesprochen habe, prompt durch die Telegraphen-Union dementieren lassen. Daraus sieht man, daß der politisierende General seinen Gegensatz zu Brüning und Groener keineswegs aufgegeben hat und daß er ihn auch nicht verdecken will. Er muß seine Chancen, selbst zum Zuge zu kommen, also nicht für gering einschätzen.

Die Bestrebungen, noch vor der endgültigen Entscheidung in Preußen die Nationalsozialisten an der Regierung im Reich zu beteiligen — wobei unterschieden werden muß zwischen einer mehr verdeckten Beteiligung in einem unter Schleichers Führung stehenden Kabinett und einer mehr oder weniger unter nationalsozialistischer Führung stehenden Regierung — scheinen in ihren beiden, eben skizzierten Formen zunächst an dem erbitterten Widerstand gescheitert zu sein, den die bayerische Staatsregierung jedem Entgegenkommen für die Nazis entgegensetzt.

Zu Warmbolds Rücktritt muß noch nachgetragen werden, daß dieser Schritt in informierten Kreisen keineswegs als ein Bruch des IG-Farben-Trusts mit der Reichsregierung betrachtet wird, sondern vielmehr als ein individueller Schritt des IG-Farben-Vertreters, der für seine Verärgerung keinen anderen Ausweg fand. Daß die Interessen der chemischen Industrie nach wie vor beim Reichskabinett gut aufgehoben wären, sei unbestritten und die Erteilung des dem Farben Trust wiederholt zugesagten Monopols für den Einheitstreibstoff würde in kurzer Zeit beweisen, daß die chemische Industrie nach wie vor zu den Koalitionspartnern Brünnings gehöre.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdruckes, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

2. Fortsetzung.
Fenster glotzen. Hausflure glotzen. Gitter vor den Türen. Gitter vor den Fenstern. Hier ein Licht, da Lichter.
Da ist eine Stahlerkneipe, noch verträuchert, aber schon verlassen. Der Kellner starrt müde durch die Scheiben. Hans starrt durch die Scheiben. Da liegen drei Würste und drei Buletten.
„Heiße Würstchen.“ „Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit“, laden zwei Tafeln ein. Hans schluckt und tappt vorbei.
Die Friedrichstraße ist ohne Ende.
Man geht und geht und kommt nicht hin. Und da hinten sind Lichter. Rote, grüne, blaue.
Das blitzt und verlöscht.
Man kommt näher. Es glitzert: „Kupferberg Gold!“ Aber es verschwindet und ist doppelt finster. Das sieht so aus: Komm her, du! Fabelhaft! Was? —
Und dann ist man da und es nicht da.
Es ist alles halt. Ueberall sind Menschen. Aber niemand ist da. Niemand sagt: „Guten Tag.“ „Tasse Kaffee?“
Alles schiebt vorbei. Lachen. Ha ha ha! Köstlich dieser Witz.
Niemand geht hier.
Hier ist es taghell. Lichter. Musik. Blumen. Bücher. „Sensationeller Ausverkauf zwecks Aufgabe des Geschäfts. Juwelen, Gold- und Silbersachen um fast die Hälfte herabgesetzt!“

Da steht schon jemand vor dem Laden und betrachtet die Gelegenheitskäufe. Ein echt goldener Ring. Dieser Stein. Nur dreißig Mark.

Nur dreißig Mark. Hans frisst das Wunder. Nur... nur... nur... da steht es ja. Mit Tinte, elegant und deutlich.

Nur dreißig Mark kostet der Ring. Nur ebensoviel hat er unterschlagen. Schluck. Da liegt die Last. Der Stein. Der Druck! Nur!

Weitergehen. Da stehen die Mädchen an der Ecke. Warten und trippeln. Es regnet nicht mehr. Vielleicht regnet es hier in der Friedrichstraße überhaupt nicht. Da hängt eine Uhr über dem Laden. Halb drei. Da stehen noch Mädchen. Junge, sehr junge. Warten die denn immer noch? Drei Mädchen...
Da kommt einer feiner Herr. Er weiß, wohin er will. Er hat Eile. Eine von den Dreien, die Dicke, hängt schon an seinem Arm. Sie strahlt. Sie lebt. Jetzt wird sie satt. Jetzt kann sie morgen Milch bezahlen. Man weiß nicht, was noch kommen mag. Hans hat es gesehen.

Er wundert sich nicht. Siebzehn Jahre alt. Lerlin, Große Frankfurter Straße 97a. Täglich über den Alexanderplatz. Ueber den Potsdamer Platz. Abends durch die Straßen. Man weiß Bescheid.
Aber da ist der Hunger.
Und Neid. Aber warum denn? Der Ring kostet nur dreißig Mark...
Er wird jetzt nach Hause gehen.
Ist denn die Straße zu Ende? Nein. Immer noch Häuser. Viel Licht. Noch immer Musik. Da stehen junge Burschen. Rauchen und frieren.

Vier Jungen. Fünf. Sechs.
Die Jacke auf Taille. Zwei haben Trenchcoats an und unten sehen die Knickerbockers hervor. Haar ins Gesicht gekämmt. Sie stehen und warten.
„Tasse Kaffee“ — Hans muß wieder schlucken, er möchte rennen. Aber es kommt

niemand, es spricht niemand mit ihm. Es will niemand etwas von ihm.

Von ihm? Die Firma will das Geld wieder. Der Vater will das Geld. Die Polizei will den Arbeitsbureau Hans Schulze.

Ruhe, Ruhe. Schluß. Ich kann nicht mehr. Sperren Sie mich ein. Schlagen Sie mich tot. Das Geld ist fort. Ist futsch. Ich hab Buletten gegessen. Vier Stück. Zwei Paar Würstchen bei Aschinger. Ich war im Münz- kino: „Die einsame Ranch“. — Zweimal drin geblieben. Auf dem Rummel in der „Raritäten- schau“ mit belehrendem Vortrag. Er hatte Lilli, das schönste Mädchen des Wedding, gesehen. Akt. Ganzakt natürlich. Hans fuhr sich ins Gesicht. Schluckte. Aber es war trocken in der Kehle. Das mit dem Mädchen konnte man doch nicht sagen. „Für Jugendliche verboten“ und so...
Der Rest des Geldes?

Vier Tage unterwegs. Das Geld rutscht nur so. Zwei Jungen hat er auf dem Rummel getroffen. Eigentlich erst kennen gelernt. Hans aß Kartoffelpuffer. Die beiden sahen zu: „Schmeckts, Kleiner?“ „Verbrenn dir nicht!“ Nicht bössartig. Ruhig. Gutmütig. Laß ihn nur. Er hats. —
Hans hat Mut. Lädt die beiden ein. Noch und noch. Die fressen. Selbst die Oble staut. Und die ist schon was gewohnt. Hans bezahlt. „Bist'n her?“
„Von der Großen Frankfurter...“
„Och Fürsorge?“
„Fürsorge??“

Ach so, Anstalt. „Det nicht.“ erschrickt Hans. Denkt: Kann sein. Kann bald sein. So siehste dann also aus...
Sind getürmt die beiden. Aus der „Raste“. Erzählen von der Anstalt. Da kommt man hin und muß beten. Und dann gibts Senge. Und das Essen. „Junge, Junge, so'n Fraß.“ beschreibt der Aeltere, rotes, zerkratztes Gesicht. Knüpf Tuchunterm Hals. Manchesteranzug. Kesse Mütze über der Nase. Er

schmatzt das Fett von der Oberlippe, den Pufferrest aus den Zähnen.

Der andere nickt melancholisch: „Ja, ja, ganz doll da oben.“ In Ostpreußen. — „Bis nach Ostpreußen verladen sie einen...“
„Die Hunde...“ Das kommt ganz schwer und ernst und drohend hinterher.

Die beiden müssen schon etwas erlebt haben. Der Jüngere, verschlissenen blauen Anzug, krakenlos, ohne Mütze, rundes, gutmütiges Gesicht mit raschen suchenden Augen, ist schon mal aus einem fahrenden Zug gesprungen, als sie ihn nach Westfalen bringen sollten. Der Transporteur war ein Bulle, wird Hans belehrt. Den andern Transporteur rückt man nicht aus. Sind selber arme Teufel. Sie können ja schließlich nichts dafür. Aber einem Bullen auszurücken, das ist doch was, das ist noch was.

Hans wundert sich und dann erzählt er. Die beiden grinsen, lachen: „Junge, wenn sie dir man nich ooch in Fürsorge stecken.“ — Türmen, immer türmen, rät der Aeltere auf alle Fälle.

Dann sind sie vom Rummelplatz herunter. Die Jungen wollen Bodenplatte schieben. Wo denn? Wie denn?
Verlegens Gesichter.

„Wir können dir det heute nich sagen. Det mußte vastehn. Det hat uns een anderer jechochen. Det jecht nicht. Heute nicht. Andermal...“

Händedruck. „Wiedersehan!“ Sie sind verwunden. Hans sieht ein, aber er ist traurig. Das waren zwei. Die konnte man ranlegen. Da passierte einem so leicht nichts. Die wußten Bescheid. Mit den Jungens vom Rummel. Mit der Polizei. „Polente“ sagten sie. Und mit der Fürsorge.

„Kommst vors Jugendgericht. Zwei Wochen wirste kriegen, aber mit Bewährung“, war er noch aufgeklärt worden.
Hinterher fiel ihm das alles erst ein. Nun kamen auch die Fragen. Bewährung? Aber die Jungen waren weg.

